

1. Wie verhält sich Ihre Partei zur Stadtentwicklung als massiver Innenstadtverdichtung trotz Klimaerwärmung und zunehmender Feinstaubbelastung auf Grund Verkehrsverdichtung? Plädieren Sie hingegen alternativ für eine polyzentrische Stadterweiterung mit durchdachter Infrastruktur? Falls Sie sich gegen professionell geplante Stadterweiterung aussprechen: Mit welchen fundierten Argumenten?

Wir wollen die Stadtentwicklung Berlins mit der Perspektive auf ein mögliches Wachstum auf bis zu 5 Mio. Einwohnern im Jahr 2050 ausrichten. Nur durch erhebliche Ausweitung des Neubaus kann die jetzt schon angespannte Wohnungslage in Berlin entspannt und ausreichend Wohnraum für zuziehende Menschen geschaffen werden.

Neubau im erforderlichen Umfang kann nur erfolgen, wenn zusätzliche Entwicklungsflächen ausgewiesen werden. Dabei sind von vornherein integrierte Planungen zu entwickeln, die neben Wohnraum auch Bildungseinrichtungen, Verkehrs- und Versorgungsinfrastruktur, Büro- und Gewerbeflächen, Grünflächen, Erholung und Energieversorgung in einem gemeinsamen Konzept verbinden. Die polyzentrische Struktur von Berlin halten wir für einen Vorteil.

Eine zusätzliche Verdichtung von bestehenden Wohnquartieren innerhalb des S-Bahn-Rings, z.B. durch Aufstockungen von Dachgeschossen und Füllen von Baulücken ist aus unserer Sicht aber ebenfalls sinnvoll, um zusätzliche bezahlbare Wohnungsangebote auch in zentralen städtischen Bereichen zu schaffen. Diese müssen sich in einen Rahmen einpassen, der neben der städtebaulichen auch die gesellschaftliche, wirtschaftliche, ökologische, soziale und kulturelle Entwicklung des jeweiligen Quartiers mit einbezieht (s.a. Frage 2).

2. Welche Position bezieht Ihre Partei zum Verzicht auf ein gesamtstädtisches Entwicklungskonzept für Berlin als komplexes Vorhaben, das sozialstrukturelle, Klima- und Wirtschaftsentwicklungsfaktoren integriert? Was gedenken Sie gegebenenfalls für dessen Erarbeitung zu tun?

Wie Freien Demokraten legen gerade wegen des derzeitigen Bevölkerungswachstums Berlins großen Wert auf ein gesamtstädtisches Entwicklungskonzept. Wir fordern einen Masterplan für die gesamte Metropolregion, einschließlich des brandenburgischen Umlands.

In unserem Wahlprogramm sagen wir:

„Wir verfolgen einen Ansatz für die Stadt- und Regionalentwicklung, der von einer ganzheitlichen Betrachtung und Steuerung der Entwicklung in der Metropolregion ausgeht. Dabei ist neben der städtebaulich-räumlichen auch die gesellschaftliche, wirtschaftliche, ökologische, soziale und kulturelle Entwicklung mit einzubeziehen.“

Wir wollen bei der Entwicklung von Konzepten neue Möglichkeiten für eine sehr frühzeitige breite Bürgerbeteiligung schaffen, gerade auch um grundlegende Alternativen für die Stadtentwicklung frühzeitig einzubringen und zu erörtern.

3. Welches externe Fachwissen (nicht nur von guten Bekannten in Berlin) zu heutigen Problemen von Stadtentwicklung (unter anderem unter den genannten Aspekten einschließlich wachsender Migration) ruft Ihre Partei für die Formulierung Ihrer Position zur Entwicklung Berlins ab?

Neben dem parteiintern vorhandenen Fachwissen, das wir aus den breiten beruflichen Erfahrungen und Qualifikationen unserer Mitglieder schöpfen, führen wir auch Veranstaltungen mit Einrichtungen der politischen Bildung durch, bei denen z.B. Experten aus dem akademischen Bereich oder aus dem Ausland in Workshops neue Positionen einbringen.

Wir führen regelmäßig Gespräche mit Institutionen, Verbänden und Experten, um Ideen für Lösungsansätze zu entwickeln bzw. neue Ideen zu diskutieren.

Instrumente der Bürgerbeteiligung wollen wir auch für die Einbringung von Fachwissen stärker nutzen (s.a. Frage 4).

4. Wie steht Ihre Partei zur Bürgerbeteiligung bei Entscheidungsvorbereitung durch das zuständige Senatsressort? (Nach unserer Kenntnis wurden die Bürger in keinem der betroffenen Stadtgebiete in die Entscheidungsvorbereitung einbezogen.)

Wir wollen bei der Stadtplanung und großen Bauvorhaben neue Möglichkeiten für eine Bürgerbeteiligung schaffen, um sehr frühzeitig, vor der eigentlichen Planungsphase, mögliche grundsätzliche Alternativen zu erörtern. Dafür wollen wir die Beteiligungsmöglichkeiten auch durch Bereitstellung digitaler, über das Internet durch Bürger nutzbarer Plattformen ausweiten.

5. Wie beurteilen Sie die Tatsache, dass wir den Aufwand dieses Einwohnerantrages mit 2388 Unterschriften betreiben mussten mit dem Ziel und in der Hoffnung, dass ein Allparteienbeschluss der BVV realisiert wird?

Als Freie Demokraten befürworten wir das Zusammenspiel von repräsentativer (parlamentarischer) und direkter Demokratie. Alle vier bzw. fünf Jahre treten Parteien mit ihren Programmen an und werben mit einer grundsätzlichen Haltung und Wertvorstellungen sowie konkreten Positionen und Lösungen zu aktuellen und zukünftigen Herausforderungen. Zusätzlich gibt es auf allen politischen Ebenen verschiedene Möglichkeiten zur Interaktion innerhalb einer Legislaturperiode. Auch unser Bezirksverband Friedrichshain-Kreuzberg nutzt seit vielen Jahren die Möglichkeiten der Bezirksverordnetenversammlung zur Partizipation. Mit Einwohneranfragen haben unsere dortigen Mitglieder schon die Themen saubere Schulen, gesperrte Spielplätze und zuletzt das Thema Home-Sharing auf die Agenda gesetzt. Der unmittelbare Einfluss auf Entscheidungen ist zwar begrenzt, aber das ändert sich hoffentlich am 18. September.

In Ihrem Fall ist es uns unverständlich, wie es sein kann, dass - so verstehen wir Ihre Schilderungen - keine der fünf Parteien in der BVV FK Ihr Anliegen z.B. in Form einer

großen oder kleinen Anfrage zur Sprache gebracht hat. Wer einer zunehmenden Entfremdung zwischen Wählern und Gewählten entgegenzutreten will, muss in einen Dialog auf Augenhöhe treten. Dazu gehört mindestens, dass man die Anliegen des anderen anhört und ggf. nachfragt.

FDP Landesverband Berlin,

FDP Bezirksverband Friedrichshain-Kreuzberg,

07.Juni 2016